



Sitzungsperiode 2018-2019  
Sitzung des Ausschusses I vom 11. Februar 2019

---

### FRAGESTUNDE\*

#### **1. Frage von Herrn LAMBERTZ (SP) an Ministerpräsident PAASCH bezüglich des Finanz-Monitors der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Seit Sommer 2018 steht im Bürgerinformationsportal [www.ostbelgienlive.be](http://www.ostbelgienlive.be) ein Finanz-Monitor zur Verfügung. Dieses Online-Tool gibt dem Nutzer Auskunft über die wichtigsten Finanzinformationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Neben dem aktuellen Stand der Realisierung der Einnahmen und Ausgaben, können auch andere wichtige Parameter, wie beispielsweise die Höhe der Verbindlichkeiten, also der aktuelle Schuldenstand, oder der aktuelle Kontostand sowie die Haushaltsergebnisse der letzten Jahre kinderleicht abgefragt werden. Ebenfalls kann eingesehen werden, welche Projekte durch welchen Haushaltsposten finanziert werden.

Dieses leistungsstarke Instrument stellt zweifelsohne einen wichtigen Beitrag zu gesteigerter Transparenz dar und versachlicht die öffentliche Diskussion über das Finanzgebaren der Gemeinschaft. Darüber hinaus bietet der Finanz-Monitor die Möglichkeit die kurz-, mittel- und langfristige Finanzplanung der Gemeinschaft ebenso wie die der Zuschuss- und Dotationsempfänger zu optimieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Gibt es verlässliche Statistiken zur öffentlichen Nutzung dieses Online-Tools und der Einsicht der Daten?*
- *Inwiefern wird der Finanz-Monitor als internes Arbeitsinstrument durch die Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft genutzt, um die Genauigkeit der kurz-, mittel und langfristigen Finanzplanung weiter zu verbessern?*
- *Gibt es seitens der Regierung Pläne den Umfang der zur Einsicht stehenden Daten zu erweitern, indem z.B. detaillierte Statistiken über die Entwicklung der einzelnen Posten pro Gemeinde abrufbar gemacht werden, oder der Monitor auf die Haushaltsrealisierung der von der Gemeinschaft finanzierten öffentlichen Einrichtungen sowie der ihrer Aufsicht unterliegenden Behörden erweitert wird?*

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

**2. Frage von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum Interreligiösen Dialog**

In 2015, im Anschluss an die Terroranschläge, hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschlossen, einen interreligiösen Dialog zu initiieren.

Es wurde eine Steuerungsgruppe zu diesem Thema eingesetzt.

Sie haben damals hier im Parlament gesagt, dass die Regierung „alle relevanten Religionsgemeinschaften und alle Partner, u. a. die Gemeinden in diesen Prozess einbeziehen will“. Dieser Prozess soll von Experten ausgearbeitet und moderiert werden. Zu diesem Zweck haben sie 2015 eine Zusammenarbeit mit der Herbert-Quandt Stiftung beschlossen.

Sie haben Ende 2016 hier im Parlament über den Aktionsplan „interreligiöser und interkultureller Dialog im Unterrichtswesen“ informiert.

Ende 2017 wurde beschlossen, einen „Runden Tisch der Religionen“ zu gründen.

Ich möchte Ihnen heute folgende Fragen stellen:

- *Wie wurde dieser Interreligiöse Dialog seit Ende 2017 weitergeführt?*
- *Gibt es die Steuerungsgruppe noch?*
- *Können Sie uns über Erkenntnisse bzw. bisherige Schlussfolgerungen informieren?*

**3. Frage von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum Runden Tisch der Religionen**

Die Regierung gründete 2017 gemeinsam mit den anerkannten Glaubensgemeinschaften in Ostbelgien einen „Runden Tisch der Religionen“. Am 9. April 2018 tagte dieser erstmals. Schwerpunkt der Sitzung war das Thema Integration. Gemeinsam riefen die Vertreter der Glaubensgemeinschaften im Anschluss dazu auf, Brücken zu bauen und Fremdenfeindlichkeit mit Selbstbewusstsein und Offenheit zu begegnen.

Laut der entsprechenden Pressemitteilung sollte der nächste „Runde Tisch der Religionen“ im Oktober 2018 und von da an halbjährlich stattfinden.

Daher meine Frage:

*Was ist aus dieser Initiative geworden?*

**4. Frage von Herrn VELZ (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur fehlenden Beachtung der Sprachengesetze**

Angesichts sich ständig häufender Klagen über die fehlende Beachtung der Sprachengesetze im Kundendienst verschiedener Einrichtungen öffentlichen Interesses hat es in den letzten Monaten unterschiedliche Initiativen gegeben mit dem Ziel diese Missstände zu beheben.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen parteiübergreifenden Protest bei dem Energieanbieter Essent oder an eine Intervention bei EDF Luminus Ende des vergangenen Jahres.

Meine Frage an Sie, Herr Ministerpräsident:

- *Hat es bisher Reaktionen seitens der betroffenen Einrichtungen gegeben?*
- *Und wenn ja: Wie ist der Stand der Dinge in dieser Angelegenheit?*

**5. Frage von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum Standort Ostbelgien**

Auf [ostbelgienlive.be](http://ostbelgienlive.be) wurden kürzlich die Resultate der im Dezember 2018 vom Institut für Beschäftigung und Employability (IBE) fertiggestellten wissenschaftlichen Studie zum Fachkräftebestand, -bedarf und -potenzial in Ostbelgien veröffentlicht. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluss, dass der Fachkräftemangel bereits jetzt eine tatsächliche Bedrohung für den Standort Ostbelgien darstellt.

Daher meine Frage:

- Was soll nun aus diesen Ergebnissen für unseren Standort geschlussfolgert werden?
- Gibt es bereits erste Initiativen im Rahmen des Regionalmarketings?

**6. Frage von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur Zukunft des ESF-Programms in der DG**

Wir haben uns in diesem Haus bereits häufig mit den laufenden Verhandlungen über den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der EU beschäftigt. Dabei gilt unser Augenmerk aus gutem Grund vor allem den für die Kohäsionspolitik vorzusehenden Finanzmittel.

Die DG hat in der Vergangenheit oft von der Kohäsionspolitik der EU profitieren können, sowohl über die Mittel für Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) als auch über Erasmus+ und die Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

In der öffentlichen Debatte über die europäischen Programme wird derzeit viel über Interreg-Zuschüsse (ETZ) gesprochen. Das ist gut so.

Aber die Einnahmen aus dem ESF sind, finanzpolitisch betrachtet, für uns noch sehr viel wichtiger.

Alleine in der letzten Förderperiode 2014-2020 erhielten Einrichtungen aus unserer Gemeinschaft Finanzmittel in Höhe von 12 Millionen EUR aus dem ESF.

Die DG hat ihrerseits Zuschüsse in derselben Größenordnung hinzugefügt.

So konnten innerhalb von 6 Jahren etwa 24 Millionen EUR an öffentlichen Geldern freigemacht werden, um sowohl paragemeinschaftliche Einrichtungen wie das Arbeitsamt, die DSL und das IAWM als auch zahlreiche soziale und kulturelle Organisationen in Ostbelgien zu unterstützen.

Die ESF-Einnahmen sind für die betroffenen Einrichtungen äußerst wichtig; für manche Projekte sogar existentiell.

Die Regierung der DG hat in der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU die Position vertreten, dass die Mittel für die Kohäsionspolitik im Verhältnis zum Gesamthaushalt der EU in der kommenden Förderperiode 2021-2027 nicht gekürzt werden dürfen. Wir unterstützen diese Position und freuen uns, dass insbesondere der Ausschuss der Regionen für diese Position wirbt und wertvolle Lobbyarbeit leistet.

In der auslaufenden Förderperiode wurde der DG ein eigenes, gut ausgestattetes ESF-Programm zugewiesen.

Ob wir in der kommenden Förderperiode wieder in den Genuss von ESF-Zuschüssen in derselben Größenordnung kommen werden, hängt im Wesentlichen von 4 Faktoren ab:

- Von der Höhe der Finanzmittel, die insgesamt für den ESF im EU-Haushalt vorgesehen werden;
- Von der Höhe der ESF-Mittel, die Belgien in diesem Rahmen zugesprochen werden;

- Von der innerbelgischen Aufteilung der unserem Land zugewiesenen ESF-Mittel;
- Vom Einverständnis der Wallonischen Region, uns ein eigenes ESF-Programm zuzugestehen. Die DG verfügt heute über ein eigenes Programm. Oftmals wird aber vergessen, dass die DG diesbezüglich auf das Einverständnis der Wallonischen Region angewiesen ist; jedenfalls solange sie nicht selbst als NUTS2-Region anerkannt ist. Ohne die Zustimmung der Wallonischen Region gibt es kein eigenes Förderprogramm für die DG.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Fragen an Sie als für europäische Programme zuständiger Minister richten:

- *Wie hoch sind die ESF-Mittel, die Belgien in der kommenden Förderperiode voraussichtlich erhalten wird?*
- *Welche Position vertreten Sie bei den innerbelgischen Verhandlungen über die Aufteilung der ESF-Mittel?*
- *Wird die Wallonische Region bereit sein, uns ein eigenes ESF-Programm zuzugestehen?*